

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Politscheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Verband ist Eure Kraft! Klare Erkenntnis, Solidarität und Charakterstärke sind die Voraussetzungen für Verbesserung Eurer Wirtschaftslage! Stärkt Euren Verband! Der Sieg über den Kapitalismus ist verbürgt, wenn die Arbeiterschaft der eigenen Kraft bewusst wird und Vertrauen zu ihren Organisationen hat.

Die Berufsverhältnisse im Baualmargewerbe.

II.

Die Zahl der Selbständigen hat in unserm Malergewerbe stärker zugenommen, als die Zahl der Arbeitnehmer; doch dürfte die Zunahme auf Zwergbetriebe ohne Gehilfen und Lehrlinge beschränkt sein. Wenn wir den offiziellen Zählungen den Umfang unserer Verbands-erhebungen gegenüberstellen, so zeigt sich, daß wir im Jahre 1909 etwas über zwei Fünftel der Betriebe, aber fast drei Fünftel der Beschäftigten erfaßt haben, die durch die amtliche Berufszählung von 1907 nachgewiesen sind. Ähnlich wird auch das Ergebnis unserer Erhebung von 1927 sein. Doch darf nicht übersehen werden, daß sich unsere Umfrage nur auf die begrenzte Zahl von 406 Orten erstreckt, wo die Organisation festen Fuß gefaßt hat, während das flache Land noch eine Unmenge von Betrieben aufweist, über die nähere Angaben nicht gemacht werden konnten. Wohl wird von einigen Filialen über ihr ganzes Lohngebiet berichtet sein, so daß kleinere Orte der Umgegend in das Resultat einbezogen sind, doch fehlen außer den Filialen L i n d a u und U l m vor allem noch eine große Zahl von Orten, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, dann aber fast alle rein ländlichen Gebiete, wo wir nur wenig gefestigte Verbindungen haben. Durch unsere Erhebungen wurden erfaßt:

	Orte	Malereibetriebe	Berufliche Arbeiter überhaupt	Arbeiter im Durchschn. pro Betrieb
1906	337	20.806	69.493	3,4
1909	471	21.554	66.520	3,1
1912	411	22.143	67.786	3,1
1915	206	14.321	19.858	1,4
1919	247	15.243	30.273	2,0
1927	496	29.669	78.722	2,6

Unsere diesmalige Erhebung ist demnach sowohl an Zahl der erfaßten Orte wie auch der Betriebe und Beschäftigten umfangreicher als je eine zuvor. Außer diesen 78.722 ermittelten Baualmalern wurden noch 11.860, davon 792 weibliche Berufsangehörige, gezählt, die in Lackierereien und Industriebetrieben tätig sind. Wie wesentlich die Umstellungen, besonders in der Industrie, bereits fortgeschritten sind, zeigen die Beschäftigtenzahlen nach den verschiedenen Spezialerhebungen unseres Verbandes in früheren Jahren. So wurden als in Lackierereien und Industriebetrieben Beschäftigte gezählt:

	Beschäftigte überhaupt	Davon weibliche	Beschäftigte überhaupt	Davon weibliche
1904	11.133	674	21.213	812
1910	13.409	699	12.877	725

Wenn weiter oben ausgeführt ist, daß die Zahl der Selbständigen im Malergewerbe stärker gestiegen ist als die Zahl der beruflichen Arbeitnehmer, so stützt sich diese Behauptung auf unsere neuesten Feststellungen. Wir scheiden bei den folgenden Gegenüberstellungen die Ergebnisse unserer Erhebungen in den Jahren 1915 und 1919 wegen der durchaus anormalen Verhältnisse während und kurz nach dem Kriege vollständig aus. Danach beträgt die Zunahme der berufstätigen Arbeitnehmer im Malergewerbe gegen 1906 13,3% und gegen 1912 sogar 16,1%, während die Zahl der Betriebe im ersten Falle um 30,5 gegen 1912 zwar etwas geringer, aber immer noch um 25,4% gestiegen ist. Die stärkere Vermehrung der Betriebe geht auch daraus hervor, daß 1906 im Durchschnitt auf jeden Betrieb 3,4, 1909 und 1912 noch 3,1 Beschäftigte entfallen, deren Zahl 1927 aber auf 2,6 im Durchschnitt pro Betrieb gesunken ist. Noch schärfer kommt die eingetretene Veränderung zum Ausdruck, wenn wir die Betriebe nach ihrem Umfang und den

Beschäftigtenzahlen mit unsern früheren Ermittlungen in Vergleich stellen. Danach beschäftigt:

	1912		1927	
	Maler	Prozent	Maler	Prozent
Keinen Gehilfen	7808	40,7	14223	51,6
1 bis 5 Gehilfen	8237	43,0	10017	36,3
6 " 10 "	1928	10,0	1946	7,1
11 " 20 "	803	4,2	768	2,8
21 " 50 "	316	1,7	479	1,8
51 " 100 "	50	0,3	67	0,3
über 100 "	11	0,1	26	0,1

Diese Zusammenstellung weist zunächst eine ganz erhebliche Zunahme der Zwergbetriebe, die ohne Gehilfen arbeiten, um fast 11% nach. Der Rückgang im Größenverhältnis der Betriebe setzt sich dann in den Gruppen der Klein- und kleineren Mittelbetriebe bis zu 20 Beschäftigten fort; eine absolut um 163 und relativ geringe Zunahme um 0,1% zeigen allein die größeren Mittelbetriebe bis zu 50 Beschäftigten, während die eigentlichen Großbetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten rein zahlenmäßig zwar eine Zunahme erfahren haben, relativ aber mit dem Vorkriegsstand gleichgeblieben sind. Unsere Feststellungen erfahren noch eine Ergänzung, wenn die Lehrlingszahlen einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Da fällt vor allem die außerordentliche Steigerung der Lehrlinge gegenüber den früheren Erhebungen, und besonders der Vorkriegszeit, auf. Auch hier wird eine zahlenmäßige Gegenüberstellung die eingetretenen Veränderungen am besten sichtbar machen. Es wurden gezählt:

	Maler ohne Lehrlinge in Prozenten	Maler mit Lehrlingen Anzahl in Proz.	Zahl der Lehrlinge
1909	61,9	8.190	38,1
1912	52,8	10.462	47,2
1915	73,1	3.959	26,9
1919	79,6	3.117	20,4
1927	48,5	11.549	51,5

Stellen wir die Prozentzahlen der Lehrmeister und der Lehrlinge in den Jahren 1912 und 1927 zu einem Vergleich zusammen, dann zeigt sich die Verteilung der Lehrlinge auf die einzelnen Betriebe wie folgt. Es beschäftigten in Prozent:

	1912		1927	
	Arbeitgeber	Lehrlinge	Arbeitgeber	Lehrlinge
Keinen Lehrling	52,8	—	48,5	—
1 Lehrling	21,5	37,3	17,7	19,8
2 Lehrlinge	10,0	34,7	11,3	25,3
3 "	2,9	15,1	5,2	17,9
4 "	1,0	7,4	2,4	10,6
5 "	0,3	2,6	1,0	5,4
6 und mehr Lehrlinge	0,2	2,9	1,3	10,4
Angaben fehlten	11,3	—	12,6	10,6

Um eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen, wurde hier von einer weiteren Spezialisierung für 1927 abgesehen. Die immer mehr überhandnehmende Beschäftigung von Lehrlingen wird durch diese kurze Gegenüberstellung zwar deutlich genug illustriert, sie wäre aber nicht vollständig, wenn wir die erschreckende Feststellung an dieser Stelle verschweigen würden, daß 74 Betriebe je 7, zusammen 518, und 112 Betriebe 8 und mehr, zusammen 1102 Lehrlinge beschäftigen. In der Gesamtzahl von 26.523 Lehrlingen sind 1089 Lehrlinge in 322 Lackierbetrieben nicht enthalten, so daß insgesamt 27.612 Lehrlinge in der Ausbildung begriffen sind, von denen im Malergewerbe im Durchschnitt auf jeden Betrieb 2,3, in Lackierbetrieben aber 3,4 Lehrlinge entfallen. Erwähnung verdient, daß ein Industriebetrieb in Breslau 24 Lehrlinge beschäftigt.

In Wirklichkeit ist die Gesamtzahl der Lehrlinge noch wesentlich höher, da erfahrungsgemäß die Lehrlingsausbildung und -ausbeutung in ländlichen Gebieten, die leider nicht genügend erfaßt werden konnten, besonders gepflegt wird und hier zum Teil Formen angenommen hat,

die eine schwere Gefährdung unseres ganzen Gewerbes darstellen. Ist doch schon heute das Verhältnis zwischen Gehilfen und Lehrlingen zwei zu eins; sind doch von den für das Baualmargewerbe ermittelten 78.722 Beschäftigten 52.199 = 66,3% als Gehilfen und 26.523 = 33,7% als Lehrlinge gemeldet. Die alles Maß einer vernünftigen Gewerbepolitik überschreitende Lehrlingshaltung — von einer Ausbildung kann in vielen Fällen gar keine Rede mehr sein — wirkt sich für die Arbeitnehmer immer katastrophaler aus. Die Gefahr ist um so größer, als die Unternehmer in ihren Innungen und unter Mithilfe der Handwerkskammern auf eine allgemeine Verlängerung der Lehrzeit hinarbeiten. Wie weit diese Bestrebungen in den letzten Jahren von Erfolg begleitet waren, mag in einer Gegenüberstellung der in unserm Lehrlingsstatistik von 1922 beziehungsweise 1926 ermittelten Ergebnisse und unsern Feststellungen von 1912 und jetzt nachgewiesen werden. Danach betrug die Dauer der Lehrzeit in den Jahren:

	1927	1926	1922	1912
	In Prozenten der erfaßten Lehrlinge			
3 Jahre	28,5	40,5	66,1	38,5
3½ "	0,4	5,3	—	—
3¾ "	33,0	24,9	13,4	10,6
4 "	25,4	20,6	14,8	41,3
3 bis 3½ Jahre	7,8	2,4	—	—
3 " 4 "	1,6	4,5	5,7	0,6
3½ " 4 "	3,3	1,8	—	—

Die nicht unwesentliche Verkürzung der Lehrzeit in den ersten Jahren nach dem Kriege ist also stark im Rückgang begriffen. Noch ist der Vorkriegsstand nicht erreicht. Immerhin ist aber die dreijährige Lehrzeit von 66,1% im Jahre 1922 auf 28,5% der Lehrlinge gesunken, während die Zahlen mit einer längeren Lehrzeit recht erheblich gestiegen sind. Die Vergütung der Lehrlinge ist gegen das Vorjahr (siehe die Broschüre „Erhebungen über die Lehrlingsverhältnisse im Malergewerbe, aufgenommen im April 1926“) fast ganz gleich geblieben. Dessen ungeachtet werden wir später noch einmal in einem besonderen Aufsatz auf das neugewonnene wesentlich umfangreichere Material zurückkommen.

Niedrige Löhne sind Diebstahl an der Allgemeinheit.

Noch nie ist der Politik der niedrigen Löhne von offizieller Seite, und zwar von einem Minister einer hochbürgerlichen und ausgesprochen kapitalistischen Regierung, ein solcher Schlag verfehlt worden, wie durch den Jahresbericht des Arbeitsministers der Vereinigten Staaten, Davis, der schlechte Löhne einfach „als Diebstahl am Publikum“ bezeichnet. Wir entnehmen den Ausführungen von Davis nachstehende charakteristische Stellen:

Lohnherabsetzungen bedeuten schlechte Geschäfts- und Wirtschaftspolitik, gleichviel, ob es sich um allgemeine Lohnherabsetzungen oder Lohnkürzungen in einer gegebenen Industrie handelt. Oft wird gesagt, daß die Löhne herabgesetzt werden müssen, wenn wir den Verkauf unserer Güter auf fremden Märkten steigern wollen. Die Antwort lautet, daß wir bei solchen Lohnreduktionen unsern gewinnbringenden Innenmarkt um vieles mehr schwächen, als wir die viel unsichereren Gewinne durch Verkauf auf fremden Märkten erhöhen. Die Erfahrung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die Falschheit zahlreicher der schlechten Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist am jämmerlichsten zusammengebrochen. Selbst ein Dummkopf muß den Wahnsinn der Lösung der Kaufkraft des größten Käufers, des Arbeiters, auf dem Innenmarkt einsehen, der keineswegs einen nur geringen Teil unseres nationalen Reichtums und unserer nationalen Wohlfahrt ausmacht. Keine Gegend des Landes, wo niedrige Löhne üblich sind, ist so wohlhabend wie jene Gebiete, wo hohe Löhne gezahlt werden. Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, sei es aus egoistischen Gründen, oder weil er denkt, es sei eine

gute Geschäftspraxis, ist kein guter Geschäftsmann und arbeitet gegen sich selber. Es mag ihm während einer gewissen Zeit gelingen, einen niedrigeren Lohn zu zahlen, als für den Lebensunterhalt des Arbeiters nötig ist, er läßt damit jedoch lediglich der Allgemeinheit als Ganzes die Last auf, in Form unbezahlter Rechnungen für Lebensmittel und Kleidungsstücke den Lohn zu tragen, den er selber zahlen sollte. Um es offen zu sagen, er begeht damit einen Diebstahl an der Allgemeinheit. Dies gilt für die Industrie als Ganzes und für den einzelnen Unternehmer. Die Zellen sind vorbei, wo irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsmann, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftsleben auszuschneiden.

Wenn in diesen lapidaren Sätzen auch wenig enthalten ist, das nicht seit Jahren von den deutschen Gewerkschaften in Wort und Schrift betont und besonders auch den Unternehmern bei unzähligen Lohnverhandlungen entgegengehalten wurde, so ist doch wenig Aussicht vorhanden, daß die von einem Vertreter des hochkapitalistischen amerikanischen Wirtschaftssystems mit so elementarer Wucht ausgesprochene Ueberzeugung nun auch in Deutschland Anwendung finden wird. In Scharen sind Beauftragte der Unternehmerorganisationen über das große Wasser gezogen, um hinter die Geheimnisse der nun schon 8 Jahre andauernden Prosperität der amerikanischen Wirtschaft zu kommen. Aber nur selten ist ihr Wissensdurst weiter vorgedrungen, als bis zu dem fließenden Sand, der Stechuh und der Feststellung beschleunigter Arbeits tempos. Daß mit der Mechanisierung der Arbeit eine Hebung des Lebensniveaus verbunden sein muß, daß die Arbeiter in einer besseren Lebenslage einen Ausgleich für die Entgeistigung der bis ins kleinste rationalisierten Berufstätigkeit haben müssen, wenn ihre Leistungsfähigkeit mit den gesteigerten Anforderungen Schritt halten soll, geht über das Auffassungsvermögen dieser wirtschaftspolitischen Forschenden hinaus.

Aus diesem Grunde sind die Ausführungen eines so prominenten Sachverständigen zu begrüßen. Mögen sie besonders von denen gründlich studiert werden, die immer noch dem Phantom der Eroberung des Weltmarktes nachjagen und dieses Ziel durch Niedrighalten der Löhne und überlange Arbeitszeit zu erreichen hoffen. In keinem andern Lande mit einer so durchgebildeten und kulturell so hochstehenden Arbeiterschaft sind die Vorbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung so günstig wie in Deutschland. Kaum irgendwo ist das Bedürfnis nach Waren, die im eigenen Lande erzeugt werden können, so groß wie bei uns. Mit dem Hinweis auf die Reparationslasten wird so manches unterlassen, was geschehen könnte. Mit Recht wird das Baugewerbe als Schlüsselindustrie bezeichnet. Gebt dem Volke Kaufkraft, schafft Wohnraum, Luft und Licht im eigenen Lande, dann kann auch der ständige Krisencharakter unserer deutschen Wirtschaft beseitigt werden!

Beruf und Verband.

Wir leben in einer Zeit, wo der einzelne nur wenig gilt, dagegen den Massen ein großes Gewicht innewohnt. Nur den ganz Eignen und Starken dürfte es gelingen, aber auch schwerer als früher, andern ihre Meinung und ihren Willen aufzuzwingen. Ganz deutlich tritt das im wirtschaftlichen Leben in Erscheinung. Es entstehen die großen Verbände jeder Art. Was im Mittelalter die Innungen und später die Genossenschaften waren, lebt jetzt in selben Wesen, nur in anderer Form von neuem auf. Die Arbeiter gingen voran und schlossen sich zu festgefühten Verbänden zusammen und erwiesen sich bald als machtvolle Faktoren. Andere Stände sind gefolgt. Wir haben die Verbände der Unternehmer, Verkäufer, Beamten, Handwerker, Künstler, Hauswirte und Mieter. Ueberall durchdringt der gewerkschaftliche Gedanke die einzelnen Berufe. Wo das bisher nicht zutrifft, da drängen die heutigen Verhältnisse doch mit Macht dazu. Der einzelne kann allein nichts erreichen und tut daher gut, sich einem Verbandsangehörigen anzuschließen. Diesem ist es wiederum darum zu tun, eine möglichst hohe Ziffer von Mitgliedern aufzuweisen, also alle Glieder des Berufs zu erfassen. Die heutigen Verkehrsverhältnisse begünstigen in hohem Maße das Verbandsweien. Post, Telegraph, Eisenbahn, Radio verbinden die einzelnen Berufsmitglieder. Auf den Verbandslagen kann sich das mündliche Wort auswirken, kann der wirkliche Wille der einzelnen leicht erkundet werden, der persönliche Einfluß leichter ausstrahlen. Durch eine sorgfältig ausgearbeitete Fachpresse, deren Bedeutung natürlich heute ungeschweiger geiziger ist, bleiben alle Leser in dauernder Fühlung und können genügend über alles, was der einzelne als Verbandsmitglied wissen muß, unterrichtet werden.

Tatsächlich wohnen der gegenwärtigen Entwicklung vom Einzel zum Verbandsmenschen mannigfache Vorteile inne. Zunächst natürlich der der großen Durchschlagskraft. Wie konnte sich wohl heute ein einzelnes Glied gegen ein drohendes Uebel seines Standes schützen. Der Führer aber, der Tausende hinter sich hat, wird bestimmt gehört. Wir leben heute im Zeitalter des Mitbestimmungsrechtes. Wie anders könnte ein Stand seine Meinung vertreten als durch den Gesamtbeschluss aller oder doch der meisten seiner Mitglieder? Welchen Beschlüssen dürfte nicht meist objektiv sein und im allgemeinen Interesse des Berufs liegen, während die persönlichen Entschieden einzelner oft schief und sich widersprechend sein werden. Ein großer Vorteil des Verbandes ist es, daß der einzelne zu einem gewissen Gefühl der Geborgenheit kommt. Wenn ein großer Teil der Sorgen ihm abgenommen; der Verband kämpft für ihn. Mag der einzelne im besonderen auch manches an der allgemeinen Führung auszuweisen haben, so wird er ihr im allgemeinen doch beipflichten müssen. Nicht selten erspart die Mitgliedschaft dem einzelnen unangenehme Szenen; er braucht für manches doch nicht die Verantwortung zu tragen. Wer den Beruf zum geistigen Führer in sich spürt, dürfte wohl im Berufsverband leichter als sonst auf seine Rechnung kommen. Denn wer über seine persönlichen Interessen hinaus sich für die Allgemeinheit betätigt, wird immer freudig begrüßt. Niemand oder wird langem wollen, daß ein Führer im Verband reichlich Gelegenheit hat, nicht nur dem eigenen Stand zu nützen, sondern darüber hinaus auch der Gesamtheit zu dienen und die, die hinter ihm stehen, nicht nur fürs eigene und materielle, sondern auch für das allgemeine Wohl zu interessieren.

Freilich kommt es schon im eigenen Interesse darauf an, auch die geeigneten Leute auf den vorgeschobenen Posten zu stellen, sonst könnte der Rückertische Vers Geltung bekommen: „Nullen freudig hinter eine Eins würden Tausende zählen; weil sie den Führer nicht wählen, zählen sie alle zusammen keins.“ Auch für die Berufsvervollkommnung kann der Verband viel leisten, was der einzelne nicht vermöchte. Fachschulen, Fachpresse, Fortbildungsschulen, Ausstellungen treten leichter ins Leben, wenn ein geschlossener Stand dahinter steht.

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Selbstverständlich uniformiert der Verband den einzelnen mehr oder weniger stark. Starke, wagemutige Naturen, die gern die Initiative ergreifen und auf eigene Faust vorgehen, müssen sich im Verband oft mehr bescheiden und zur Passivität zwingen als vielleicht gut ist. Wie schwer mag es bei einem Streik auch manchmal dem einzelnen fallen, sich der Parole des Verbandes zu fügen. Wie oft wird ein Verbandsmitglied überhaupt innerlich daran leiden, daß Anschauungen und Richtungen die Oberhand gewinnen, die er nicht als richtig anerkennen kann. Eine gewisse Selbstbescheidung ist daher mit der Verbandszugehörigkeit immer verbunden. Auch hier gilt wieder die Rückertische Lebensweisheit: „Willst du, daß wir mit hinein in das Haus dich bauen, laß es dir gefallen, Stein, daß wir dich behauen“. Gewiß, die Wahrheit ist nicht immer bei der Mehrheit, und es ist nicht immer das Rechte, was die Majorität beschließt. Ein falscher Verbandsbeschluss ist daher bedauerlich, weil sich seine Folgen in so vielen Einzelfällen auswirken müssen. Auch könnte die Verbandszugehörigkeit die Verantwortlichkeit des einzelnen schwächen, weil sich dieser hinter einer unsichtbaren und unfahbaren Mehrheit verschanzten kann.

Der einzelne mag sich innerlich für oder gegen die Zugehörigkeit zum Verband stellen, er wird doch kaum umhin können, ihm beizutreten, weil er heute wirtschaftlich fast dazu gezwungen wird. Vor einer Verirrung sollte sich der Verband als solcher hüten: nur an das eigene Interesse zu denken. Gewiß soll das gepflegt werden, aber darüber darf doch nie der Blick getrübt werden für das allgemeine Wohl und das, was andern Berufen nützt oder schadet. Innerhalb des Verbandes aber muß der einzelne bemüht sein, sein Bestes zu leisten, auch wenn es nicht dem persönlichen, sondern nur dem Interesse des Standes oder der Allgemeinheit dient. In diesem Sinne soll sich Schillers Wort bewahrheiten:

Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an! P. H.

Eine nicht zu überbietende Verleumdung

Streikender Arbeiter leistet sich die sogenannte nationale Presse anlässlich des furchtbaren Explosionsdramas in Berlin. Doch lassen wir die Tatsache selbst sprechen:

In der Nacht vom 4. zum 5. Januar ereignete sich in der Landsberger Allee 116 in Berlin ein folgenschweres Explosionsunglück, bei dem mindestens 17 Menschen, darunter mehrere Kinder, den Tod fanden, weitere Personen schwer verletzt wurden und die übrigen Einwohner, da das ganze Haus in Trümmer ging, Hab und Gut vollständig verloren. Noch sind nicht alle Leichen der so tragisch ums Leben gekommenen geborgen, obwohl Abteilungen von sämtlichen Berliner Feuerwehren Tag und Nacht, unter Einwirkung des eigenen Lebens, mit den Aufräumungsarbeiten und der Suche nach etwaigen Verschütteten beschäftigt sind. Die Ursachen der Explosion konnten noch nicht aufgeklärt werden; es steht aber fest, daß am 4. Januar im Keller des Hauses Gasröhren erneuert wurden, und es besteht der Verdacht, daß an einer undichten Stelle eine größere Menge Gas ausgetreten sein könnte. Als eine weitere Möglichkeit wird das Vorhandensein von großen Ammoniak- und Kühlanlagen einer Fleischwarenfabrik im Keller des vollständig zerstörten Hauses angesehen, wonach das furchtbare Unglück vielleicht auch auf Ansammlung und Explosion von Ammoniakgasen zurückzuführen sein dürfte. Wenn die Ursachen bei der furchtbaren Wirkung überhaupt noch festgestellt werden können, dann bestimmt erst, wenn man mit den Aufräumungsarbeiten an den unzweifelhaft im Keller gelegenen Explosionsherd herankommen sein wird, was sicher noch einige Tage in Anspruch nimmt.

Soweit konnte am Tage nach dem grauenvollen Unglück, das gewiß allgemeines Mitgefühl mit den bedauernswerten Opfern erwecken muß, nach den offiziellen Bekanntmachungen der Berliner Polizei von der Tagespresse berichtet werden. Das ist auch auf der ersten Seite der Nachmittagsausgabe (Nummer 8 des 137. Jahrganges) der „Hamburger Nachrichten“, ehemals Leiborgan Bismarcks, vom 5. Januar, unter Schilderung weiterer Einzelheiten, geschehen. Als ein Zeichen der ganz außerordentlichen „Gewissenhaftigkeit“ muß es aber bezeichnet werden, wenn dieses „Organ für nationale Würde“ auf der zweiten Seite derselben Nummer unter der Ueberschrift „Die Explosionskatastrophe ein Sabotageakt?“ nachstehende Notiz unbesehen weiterverbreitet:

„Wie der „Berliner Mittag“ aus Kreisen des Großfleischergewerbes erfahren haben will, nimmt man dort an, daß es sich um einen Sabotageakt handelt, der mit der augenblicklichen Streikbewegung der Schlachter in Verbindung steht. Bevor die polizeiliche Untersuchung über die Katastrophe nicht abgeschlossen ist, könne man jedoch Bestimmtes nicht sagen!“

Wir enthalten uns jeden Kommentars zu diesem Erguß der sogenannten nationalen Presse und machen nur die Bemerkung, daß der Dolus einer bewußten Verdächtigung durch den Schlussatz der auffallend als Artikel hervorgehobenen Notiz als Absicht einer verleumderischen Irreführung unterstrichen wird. Nachdem in den letzten Tagen der Schleier über die Propagandaabsichten des Hugenbergkonzerns zu den kommenden Wahlen ein wenig gelüftet wurde, können wir in der gerügten Veröffentlichung einen Vorgeschmack dessen bekommen, was uns noch bevorsteht. Wer einen Funken Ehrsgefühl im Leibe hat, der muß sich mit Abscheu von Leuten abwenden, denen ein so gräßliches Unglück gerade gut genug ist, um die bedauernswerten Opfer als zugräftige Wahlpropaganda zu benutzen, die mit Lebensgefahr verbundenen Rettungssuche an der brennenden Unfallstelle aber denen überlassen, deren Klassenangehörige so ungemein niedrig verdächtigt wurden. Deshalb hinaus mit Euren

größten Feinden — den bürgerlichen Zeitungen — aus Euren Wohnungen! Laßt die Arbeiterpresse und reißt Euch schon heute ein in die politische Kampffront der deutschen Arbeiterschaft!

Aus unserm Beruf

Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Bezirksleitern.

Die für die nächste Zeit zu erwartende außerordentliche Verbandsaktivität und besonderen Maßnahmen organisatorischer und sozialpolitischer Art machte eine Aussprache des Vorstandes mit unsern Bezirksleitern dringend nötig. Die Aussprache fand am 28. und 29. Dezember im Sitzungssaal des Verbandsbundes statt. Es können daraufhin nunmehr vom Vorstand die erforderlichen Vorarbeiten — soweit sie nicht schon erledigt sind — in Angriff genommen werden, so daß der Verband hierauf im Frühjahr zusammentritt, abschließen über die entfaltete Tätigkeit und die in Aussicht genommenen weiteren Aufgaben beraten kann.

Die Konferenz beschäftigte sich unter anderem mit dem Plan einer umfassenden Agitation im kommenden Frühjahr, die sowohl unter den Kollegen des Malergewerbes als auch insbesondere unter den Radierern vorzunehmen ist. Eingehend beraten wurde auch darüber, wie die Lehrlinge in noch größerem Maße als bisher schon für unsere Organisation zu gewinnen sind. Es wurde auch erwogen, wie der von der übergroßen Mehrzahl der Arbeitgeber betriebenen Ausnutzung des gewerblichen Nachwuchses und der Vernachlässigung der genügenden Ausbildung der Lehrlinge im Interesse unseres Berufs gesteuert werden kann. Ferner wurde beraten über die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung, insbesondere des Arbeitsgerichtsgesetzes, der Arbeitslosenversicherung, über das Schlichtungswesen, über den Stand der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Gesundheits- und Unfallwesens unserer Kollegen. Außerdem wurden besondere Maßnahmen zur Werbung von Fachblattabonnenten, zum Ausbau unseres Fachblattes und der damit im Zusammenhang stehenden gewerblichen Literatur besprochen. Natürlich stand auch unsere Tätigkeit zur Beschaffung von Winterarbeit, zur Werbung von Arbeitsaufträgen auch in der übrigen Zeit des Jahres, immer unter dem Gesichtspunkt, daß der Saisoncharakter unseres Gewerbes mehr und mehr beseitigt werden muß, zur Tagesordnung und damit im Zusammenhang die Angelegenheiten, die durch die bekannten Richtlinien vom November 1928 angeschnitten worden sind. Selbstverständlich wurden auch die Fragen besprochen, die mit dem Ablauf des Reichsarbeitsvertrages und mit den Anregungen für eine weitere gemeinsame Konferenz im Zusammenhang stehen und dem Vorstand Vollmacht erteilt die von ihm dazu in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Durchführung zu bringen.

Den Beratungen lagen die Ergebnisse der Mitgliederbewegung und des finanziellen Standes unserer Organisation bis Anfang Dezember zugrunde. Danach ist unsere Tätigkeit im letzten Jahre sehr erfolgreich gewesen, un allein schon die Tatsache, daß die Auflage unseres „Maler“ in den letzten Wochen noch erhöht werden konnte, während sie sonst um diese Jahreszeit ganz naturgemäß zurückging, zeigt, daß bei konsequenter und energischer Weiterarbeit auf eine durchaus günstige Entwicklung auch im Jahre 1929 bestimmt gerechnet werden kann.

Braunschweig. Infolge der langen Frostperiode sind baugewerbliche Arbeiter in Massen entlassen worden. Von dieser Maßnahme wurden auch viele Berufskollegen, unter anderem auch aus einem Genossenschaftsbetrieb betroffen. Aber während die vor dem 12. Dezember zum Ausgehen gezwungenen die ihnen zustehende Erwerbslosenunterstützung anstandslos nach dreitägiger Wartezeit erhielten, und auch bei später hinzugekommenen Kollegen aus Privatbetrieben die übliche Karenzzeit ergehalten wurde, sollten zwei Kollegen, die später zur Entlassung kamen, eine dreiwöchige Wartezeit durchmachen. Man stelle sich die Wirkungen dieser Maßnahme vor. Ein Genossenschaftsbetrieb, der zur Fertigstellung der von ihm oft unter großen Opfern errichteten Wohnbauten selbst Malergehilfen beschäftigten muß, wird nur schwer Leute kriegen, wenn diese Kollegen bei Arbeitslosigkeit so wesentlich schlechter behandelt werden, als Kollegen aus Privatbetrieben. Letzten Endes sind unsere Maler aber auch nicht so gestell, daß sie aus irgendwelchen Gründen eine in einem Genossenschaftsbetrieb angebotene Arbeitsstelle ablehnen könnten. Die Filialverwaltung sowie der Orts- und Bezirksauschuß erhoben gegen die Benachteiligung der Arbeiter aus Bau- und Baunebenbetrieben Beschwerde mit dem Erfolg, daß nur die gesetzlich vorgeschriebene Karenzzeit erfüllt ist. Der Unterausschuß des Verwaltungsrates des Bezirks Niederachsen hat dann den Kreis der Berufsmale mit Saisoncharakter so begrenzt, daß das Baugewerbe die Baunebengewerbe grundsätzlich von dem unhaltbaren Zustand so rigoroser Benachteiligung befreit und auf die normale Wartezeit gestellt sind.

Gewerkschaftliches

Die Abstimmung der Hutmacher über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband hatte folgendes Ergebnis: von den 1348 Mitgliedern haben sich 9374, das sind 51,7% an der Abstimmung beteiligt. Ungültig waren 85 Stimmen. Für die Verschmelzung wurden 5109 Stimmen abgegeben, 28,1% der Gesamtmitgliederzahl und 54,4% der abgegebenen, gegen die Verschmelzung 4184 Stimmen oder 23,1% beziehungsweise 44,6% abgegeben. An der für die Verschmelzung erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 6188 fehlen noch 1079 Stimmen. Die Verschmelzung zum Industrieverband ist damit von den Hutmachern zurückdrängen Male abgelehnt. Der in diesem Jahre stattfindende Verbandstag wird nun erneut zu diesem negativen Ergebnis und der für die Mitglieder bedeutungsvollen Frage Stellung zu nehmen haben.

25jähriges Jubiläum im ADGB

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, früher Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, konnte mit dem Beginn dieses Jahres das 25jährige Jubiläum der Sitzverlegung von Hamburg nach Berlin begehen. Ursprünglich als Sieg der zentralistisch eingestellten Hamburger über die lokalistische Berliner Richtung gegründet und wegen der rigorosen Handhabung des Vereinsgesetzes in Preußen-Deutschland nach Hamburg verlegt, gab der Plan der Errichtung eines Zentralarbeitssekretariats zur Vertretung der Berufungen vor dem Reichsverflichtungsamt den ersten Anstoß zur Sitzverlegung nach Berlin. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress wurde die Errichtung des Zentralarbeitssekretariats mit 119 gegen 81 Stimmen, die Verlegung der Generalkommission mit 104 gegen 47 Stimmen beschlossen. Ende 1902 zog die Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften nach Berlin, wo sie in dem neu errichteten Gewerkschaftshaus am Engelufer ein Heim fand, bis sie dann 1923 in das eigene Gebäude in der Inselstraße überziehen konnte. In Berlin ist eine wesentlich erweiterte Tätigkeit aufgenommen worden und wenn sich die Reichsregierung den Gewerkschaften auch nach wie vor feindselig gegenüberstellt, so konnte sie doch ohne eine - allerdings auf das notwendige - beschränkte Zusammenarbeit nicht ganz auskommen. Bis dann nach dem Ausgang des Weltkrieges die Existenz der Gewerkschaften auch offiziell anerkannt werden mußte. Dazu haben nicht zuletzt die stark ausgebaute sozialpolitische und die volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Tätigkeit der Generalkommission beigetragen. Als dann nach dem Kriege die Umwandlung in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erfolgte, war an eine Trennung vom Sitze des Reichsparlamentes, der Reichsregierung und der Ministerien nicht mehr zu denken. Macht sich doch auch bei den einzelnen Gewerkschaften das Bestreben nach ständiger Anwesenheit in der Reichshauptstadt aus denselben Gründen immer mehr geltend.

Im Zusammenhang muß hier auch der Genossen gedacht werden, die gleichzeitig die Feler ihres 25jährigen Arbeitsjubiläum im Dienste der Generalkommission und des ADGB begehen können. Von den 1902 gewählten Vertretern sind die Genossen Döblin († 1918), Legien († 1920) und Silber Schmidt († 1927) nicht mehr unter uns. Wegen anderweitiger Verpflichtungen traten im Laufe der Jahre zurück, die Genossen Robert Schmidt, Cohen und Sassenbach. In ihrem Amte, das sie vom Vertrauen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft getragen, vor 25 Jahren übernommen haben, befinden sich noch heute die Genossen Sabath, Kube und Knoll.

Gustav Sabath, von Beruf Schneider, gehörte der Generalkommission schon seit 1898 und bis heute ununterbrochen an. Er befindet sich im 65. Lebensjahre und dürfte unfern Welegerten vom Nürnberger Verbandstag, wo er den ADGB vertrat, noch in guter Erinnerung sein. Hermann Kube ist aus dem Zimmererberuf hervorgegangen. Er bekleidet das Amt eines Kassierers im ADGB, seit dem 1. Januar 1903 und hat seine reiche Erfahrung auch in andern Zweigen der modernen Gewerkschaftsbewegung, der Volksfürsorge, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. nutzbar gemacht. Daneben ist er seit Jahrzehnten als Vorsitzender des Ausschusses in seiner Berufsorganisation tätig.

Alexander Knoll, ebenfalls seit 1903 Mitglied der Generalkommission, hatte schon vom 1. Mai 1906 bis 1. Juli 1907 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden inne. Er ist dann in seine frühere Stellung als Vorsitzender und Redakteur des Feinschneiderverbandes zurückgegangen, dessen Leitung fast 30 Jahre in seinen bewährten Händen lag, aber dauernd im Bundesvorstand geblieben. Mit dem 1. Oktober 1919 trat er wieder ganz zum ADGB über, wo er seitdem der sozialpolitischen Abteilung und dem Bildungswesen vorsteht. Genosse Knoll hat sich als Verfasser der Geschichte der Feinschneiderei, als Schriftsteller einen Namen von gutem Klang erworben.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund konnte seine heutige Bedeutung nur erlangen, weil ihm die uneigennütige und aufopfernde Tätigkeit seiner führenden Personen zu dauerndem Aufstiege verholfen hat. Wenn wir dem Bundesvorstand anlässlich dieses Jubiläums ein Glück auf zu weiteren Taten zursuchen, so wünschen wir auch den Jubilaren ferneres Wohlergehen. Wir sprechen ihnen im Namen unseres Verbandes den Dank für ihre treue Pflichterfüllung im Dienste der ganzen deutschen Arbeiterbewegung aus.

Unorganisierte sind „Unmündige im Geiste“. Das behauptet der Präsident der Berliner Handwerkskammer in einem Neujahrskomitee der „Handwerks-Zeitung“. Er gibt dort seiner Ansicht über die Notwendigkeit der Organisation und seinem Urteil über die Unorganisierten mit folgenden Worten Ausdruck:

„Ueber die Bedeutung der Organisation im allgemeinen ein Wort zu sagen, erscheint eigentlich überflüssig in einer Zeit der Wirtschaftskämpfe, in der der einzelne Mensch auf sich selbst gestellt, überhaupt keine Rolle spielt. . . Wer das angesichts der gegen das Handwerk ankämpfenden Mächte nicht versteht, dem ist nicht zu helfen. Glücklicherweise ist die Zahl dieser Unmündigen im Geiste nicht allzugroß, aber da sie oft den Mangel an Verständnis durch starke Lungenkraft und kräftige Ellenbogen ersetzen, finden sie hier und da noch Gläubige und Helfer. Wir werden auch im kommenden Jahre alle Kräfte brauchen, um uns zu behaupten und durchzusetzen und werden uns deshalb immer wieder bemühen werden müssen, daß nur äußere und innere Geschlossenheit uns helfen kann.“

Das trifft in erhöhtem Maße auf die Arbeiter zu, die als einzelne noch schulpflos sind als die Handwerksmeister. Es ist aber gut, wenn die „Unmündigen im Geiste“ das auch einmal von der andern Seite hören, vielleicht geht ihnen dann die Erkenntnis auf, wie unwürdig es ist, die Früchte zu ernten, wo andere gesät und geackert haben.

Die Neueneinteilung der Schlichterbezirke. Die jetzigen Schlichterbezirke sind bei ihrer Errichtung nach dem Kriege auf den Gebieten der Bezirks- und Generalkommandos des alten Heeres aufgebaut worden. Wenn die Einteilung damals zweckmäßig war, da sie sich auf die bestehenden Organisationen der Demobilisierungsbefehle stützte, so haben sich die Verhältnisse unterdessen von Grund auf geändert. Der Ruf nach einer Umgruppierung der Schlichterbezirke ist vor kurzem durch das Eingreifen des neuen Schlichters für Westfalen in die Bewegung um die Arbeitszeit- und Lohnregelung der nordwestdeutschen Großeisenindustrie erneut laut geworden und findet eine weitere Begründung in der kürzlich erfolgten Errichtung der 13 Landesarbeitsämterbezirke, die wesentlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte. Das Reichsarbeitsministerium sollte deshalb sobald als möglich darangehen, die Gruppierung der Schlichterbezirke den tatsächlichen Wirtschaftsbezirken anzupassen. Wir verkennen dabei nicht, daß eine Angleichung an die Landesarbeitsämter gleichfalls gewisse Gefahren in sich birgt, da die große Ausdehnung der Schlichterbezirke eine unumgängliche Überlastung der Schlichter mit sich bringen müßte. Dem könnte aber gegebenen Falles durch eine Teilung der Bezirke begegnet werden. Andererseits müßten große Industrien, die sich über zwei oder mehr Bezirke erstrecken, wie es beispielsweise im Bergbau oder der vorerwähnten Großeisenindustrie der Fall ist, einem besonderen Schlichter unterstellt werden. Aber wie solche Spezialfälle auch geregelt werden mögen, auf jeden Fall muß einer grundsätzlichen Neugliederung der Schlichterbezirke näher getreten werden. Nur durch ein besseres Eingehen auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse kann das zum Teil recht wankende Vertrauen in die Schlichtungsbehörden wieder etwas gehoben werden.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Nacharbeit oder Wechselschicht? In einem Tarifvertrag des Installateurgewerbes ist für die Nacharbeit ein Zuschlag von 50 % zum Tariflohn vorgesehen. Diejenigen Arbeiter, die in Wechselschicht tätig sind, haben, falls die Wechselschicht in die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fällt, für diese Stunden nur Anspruch auf einen Zuschlag von 10 %. — Zwei Installateure hatten nun in zwei aufeinanderfolgenden Nächten Reparaturarbeiten zu erledigen, die sich am Tage nicht bewerkstelligen ließen. An den Tagen, die den beiden Arbeitsnächten vorausgingen, waren die Installateure nicht beschäftigt gewesen. Der Meister war der Meinung, die Gehilfen hätten für diese Arbeit nur Anspruch auf einen Zuschlag von 10 %, da nach seiner Behauptung die 50 % nur dann zuzubilligen seien, wenn die Arbeiter tagsüber gearbeitet hätten und gezwungen wären, ihre Arbeit nachts fortzusetzen.

Indessen hat auf die Klage der Installateure das Arbeitsgericht Frankfurt a. M. ihnen den geforderten Zuschlag von 50 % zugesprochen. Es handelt sich hier, so heißt es in den Gründen, um eine von vornherein für bestimmte Nachstunden festgesetzte Arbeitszeit, die nicht regelmäßig wechselt. Die Arbeiter sind also keine Wechselschichtarbeiter geworden. Die Ansicht des beklagten Arbeitgebers, unter Nacharbeit im Sinne des Tarifvertrages sei nur die sogenannte Anschlussarbeit zu verstehen, findet in dem klaren Abkommen, auf das die Kläger sich berufen, keine Stütze. Danach sind eben Arbeiten der in Rede stehenden Art, die von abends 8 bis morgens 6 Uhr geleistet werden, mit 50 % zuschlagspflichtig. (Arbeitsgericht Frankfurt a. M. 2 A C. 69. 27.) (Nachdr. verboten.)

Sozialpolitisches

Die Weltgetreideernte des Jahres 1927 dürfte nach den bisherigen Feststellungen ungefähr den Umfang der von 1926 erreichen. Die europäische Ernte ist sowohl der Menge wie besonders auch der Qualität nach hinter dem Stand des Vorjahres zurückgeblieben, und besonders Rußland, das sonst eines der hauptsächlichsten Getreideausfuhrländer war, wird womöglich noch Brot- und Saatgetreide einführen müssen. In Argentinien ist die Ernte noch nicht abgeschlossen, sie soll aber sehr gut ausgefallen sein. Dagegen hält das mächtige kanadische Getreidekartell mit der Ausfuhr nach Uebersee sichtlich zurück, um die Preise nach oben zu drücken. Daher haben die Weizenpreise und, wegen des qualitativ schlechten Ausfalles des europäischen Weizens, auch die Roggenpreise schon wieder angezogen. Auch die Baumwollernte ist gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Hier haben allerdings die großen Restbestände von 1926 in Verbindung mit der Verminderung des amerikanischen Baumwollverbrauchs eine größere Preissteigerung noch verhindern können.

Die Entbehrungslöhne der Industriedirektoren. Kurz vor Jahreschluss ist in der Universitätsstadt Erlangen ein Prozeß zu Ende geführt worden, in dem der Generaldirektor eines Industriekonzerns, Herr Dr. h. c. J. J. Hermann wegen Schiebungen und Befrügereien zu 6 Wochen Gefängnis und 80 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. So hoch diese Geldstrafe für den gewöhnlichen Sterblichen auch scheinen mag, so ist sie bei dem Einkommen, das der Verurteilte durch lange Jahre bezogen hatte, doch nur eine lächerlich geringe Summe. Das Gehalt des Generaldirektors betrug jährlich 400 000 M., daneben bekam er täglich 375 M. Reisekosten. Ferner ließ er sich in den Jahren 1921 bis 1924 rund 700 000 Goldmark Zuwendungen geben, gleichzeitig 250 000 Schweizer Franken für einen Dispositionsfonds, über den er frei verfügen konnte. Die in diesen Fonds einbezogenen Reisespesen nach der Schweiz verrechnete er aber nochmals in Höhe von 110 000 Schweizer Franken, ferner schädigte er seine Gesellschaft durch sehr hohe Parentnahmen, die bis November 1923 den Betrag von 180 000 Goldmark erreichten. Als Meister in der Durchführung von sogenannten Transaktionen innerhalb des Konzerns ließ er sich außerdem noch enorme Summen auszahlen, deren Höhe genau nicht mehr festzustellen war. Dabei handelt es sich um gerichtlich nachgewiesene und durch die Bücher des Inag-Konzerns belegte Beträge an Gehältern und Gratifikationen. Daneben bezogen gewöhnliche Direktoren Jahresgehälter von „nur“ 70 000 bis 100 000 Goldmark. Als dann der Konzern mit Siemens & Halske verschmolzen wurde, erhielt der Ehren doktor Zickmann eine Extraabfindung von 500 000, ein seit 2 1/2 Jahren im Konzern täti-

ger Oberregierungsrat eine von 450 000 Goldmark ausgezahlt. Dabei wurde von Sachverständigen in diesem Prozeß ausdrücklich betont, daß ein Leiter von Konzernen schon vor dem Kriege Jahresgehälter von 800 000 M. gezahlt wurden, und eher als niedrig zu bezeichnen seien. — Es sollte auch dem harmlosesten Arbeiter einleuchten, daß solche Gehälter nur bei äußerster Sparsamkeit im Betriebe und rücksichtslosester Ausbeutung der werteschaffenden Arbeiter herausgewirtschaftet werden können. Welche Mühe müssen wohl diese Industriegenerale aufwenden, um alle diese unproduktiven Summen so in die Bilanzen hineinarbeiten zu lassen, daß diese — wenn auch nur mit eiserner Stirne — bei Lohnverhandlungen als glaubhafter Nachweis für Verlängerung der Arbeitszeit oder Herabsetzung der Löhne angeführt werden können. Ohne einem Teil dieser Direktoren und Generaldirektoren Unrecht zu tun, darf ruhig ausgesprochen werden, daß in vielen Betrieben der jüngste Lehrling eine volkswirtschaftlich wertvollere Arbeitsleistung vollbringt, als einzelne von „Nicht-als-Gehaltsempfängern“, deren Verdienste um das Volksganze mit der sehr vorläufigen Auswahl ihrer Eltern erschöpft waren. Der Arbeiterschaft müssen solche Feststellungen zur Mahnung dienen, sich durch engen Zusammenschluß in starken Organisationen auf die gründliche Befestigung dieser Zustände und auf die Uebernahme der gesamten Wirtschaft vorzubereiten.

Wie sich der Kapitalismus die Einfuhrzölle zunutze macht. Der deutsche Linoleumkrust, mit dem Sitz in Delmenhorst, dehnt seine Marktherrschaft, die nach Einbeziehung der rheinischen Weoburger Linoleumwerke in Deutschland vollständig ist, nunmehr systematisch auch international aus. Sein Anteil an schwedischen Import und sein Einfluß auf den schwedischen Markt ist ohnehin schon groß. Jetzt versucht der Krust, durch die Beherrschung des einzigen bedeutenden schwedischen Linoleumfabrikanten sein Marktmonopol in Schweden so vollkommen zu machen, wie in Deutschland. So hat er nunmehr auf dem Umwege über eine von ihm selbst ins Leben gerufene Schweizer Holdinggesellschaft mindestens die Hälfte der Aktien der schwedischen Forshagawerke in seinen Besitz gebracht. Der interessante Zug bei dieser Expansion ist die Absicht, das schwedische Werk nicht etwa stillzuliegen, sondern derart auszubauen, daß es allein in der Lage ist, den schwedischen Linoleumbedarf zu decken. Der Vorteil dieser Ausdehnung beruht darin, daß es auf diese Weise gelingt, den schwedischen Einfuhrzoll auch für den bisherigen deutschen Import nach Schweden zu sparen. Die Kehrseite davon ist natürlich, daß für den schwedischen Inlandsverkauf die in Schweden produzierten Waren voll um den Zoll verteuert werden, wobei die ganze Gewinnifferenz (Zuschlag und Zoll) an die Beherrscher des Marktes geht.

Ausbau der ärztlichen Versorgung. Eine zielbewusste Gesundheitspolitik, die dem Wiederaufbau der Volksgesundheit dienen soll, darf nicht außer acht lassen, daß die ärztliche Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen ausgebaut werden muß. Die Vorstände der Ortskrankenkassen haben damit bereits begonnen, indem sie die ärztliche Versorgung in Eigeninstituten (Röntgen-, Höhen-, Diathermiebehandlung) ergänzen und zu diesem Zwecke Ärzte anstellen. Zahnkliniken, Badeanstalten ermöglichen es, die ärztliche Behandlung zu erweitern. Außerdem beteiligen sich die Kassen an der Durchführung der Untersuchungen der Kinder in Schulzahnkliniken. Die Reihenuntersuchung darf nicht nur bei den Kindern, sondern muß auch bei den Versicherten in den Betrieben beginnen. Vorbeugen ist besser als heilen. Hier haben den Vorständen der Krankenkassen wichtige Aufgaben. Die Krankenkassen wenden im Vergleich zum Jahre 1914 bereits das Siebenfache für die allgemeine Fürsorge auf. Trotzdem, diesem Gebiete müssen die Kassen vorstände immer größere Bedeutung beimessen, um die körperlichen Schäden oder Krankheitserscheinungen schon zu beheben, wenn sie noch mit geringen Mitteln zu heilen sind.

Genossenschaftliches

Wirtschaftliche Interessen von Stadt und Land. Die Interessen der mittleren und kleinen Landwirte sind viel mehr mit denen der Arbeiter, Beamten und Angestellten als Verbraucher gleichlaufend als mit denen des Großgrundbesitzes. Die einzige trennende Schranke bildet die Auffassung in den zollpolitischen Fragen, aber sie ist mehr eine Sache geistiger Aufklärung als eine materielle Differenz. Was klar daraus hervorgeht, daß diese Zollpolitik, begonnen unter Bismarckscher Ära, vollkommen auf die Interessen des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie zugeschnitten ist. Und nur eine rein gefühlsmäßige Einstellung der mittleren und kleineren Landwirte in dem Manne „mit Ar und Hals“ eben den größeren Bruder zu sehen, hat bis jetzt verhindern können, daß sie den Zusammenhang der Dinge erkennen. Daß sie durch die Industriezölle und Zölle auf den größten Teil aller Waren, die von ihnen gar nicht erzeugt werden, eine wesentlich feurere Lebenshaltung führen müssen, und die um den Zoll scheinbar gesteigerten Getreide- und Viehpreise nicht im entferntesten einen Ausgleich bieten für die zum Teil enorme Verteuerung aller übrigen Lebensbedürfnisse, einschließlich Werkzeuge und Maschinen. Daß also der Nutzen der ganzen Zollpolitik dem Großgrundbesitz und der Großindustrie in die Tasche fällt. Was ja der einzige Zweck der zollpolitischen Uebung seit Jahrzehnten ist. Erstreulicherweise läßt die neuere, organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit dem Agrarprogramm der Sozialdemokratie die berechnete Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit eine Wendung in den geistigen Auffassungen der Landwirtschaft eintritt, die in der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen von Landwirtschaft und Verbrauchermassen wurzelt. Die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft einerseits und der Verbraucher andererseits leistet hier eine Pionierarbeit, deren allmähliche Wirkungen denen nicht verborgen bleiben, die mit den Dingen auf diesen Gebieten vertraut sind. Wenn schon in gemeinsamen Körperchaften die Genossenschafts-

zentralen der landwirtschaftlichen und der Verbraucher-Genossenschaften zusammenarbeiten, um zu engeren geschäftlichen Verbindungen zu kommen, so müssen die Auswirkungen einer solchen Zusammenarbeit allmählich auch die Psychose des Bauern verwandeln. Er wird erkennen, daß die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft eine Standardisierung und Rationalisierung, damit entsprechende Preise für eine qualifizierte Produktion gewährleistet, die der Konkurrenz des Auslandes eine natürliche Spitze bietet und an Stelle der künstlichen Zollpolitik für ihn die einzige Möglichkeit zur Gewinnung eines höheren Lebensniveaus darstellt. Dann erkennt er zugleich, daß eine gesteigerte Kaufkraft der Arbeiter, Beamten und Angestellten die Voraussetzung für Abnahme besser qualifizierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse bietet, insbesondere, wenn deren Verteilung unter Ausschaltung verkehrender Zwischenhandelsglieder auf konsumgenossenschaftlichem Wege in Verbindung mit landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften zukünftig kommt.

Unter diesen Gesichtspunkten und bei ihrer Erkenntnis gewinnt der mittlere und kleinere Bauer eine ganz andere Stellung zu den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, und seine Sympathie wird denen gehören, mit denen ihn tatsächliche, nicht eingebildete gemeinsame Interessen verbinden. Wenn heute schon 40 000 ländliche Genossenschaften mit 3 Millionen Bauernfamilien und 2000 Konsumgenossenschaften mit 4 Millionen Verbraucherfamilien aus Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenkreisen auf diese Entwicklung eingestellt sind, die in der wirtschaftlichen Natur der Dinge, also in immanenten Notwendigkeiten wurzelt, so wird man zugeben müssen, daß die Perspektiven der wirtschaftlichen Interessen- und politischen Ideengemeinschaft von „Stadt und Land“ die denkbar günstigsten für die Zukunft sind. Das sozialdemokratische Agrarprogramm, das auf diese Entwicklung zugeschnitten ist, wird in den kommenden Wahlkämpfen gute Aufklärungsdienste leisten können, wenn es geschickt und zweckentsprechend verwendet wird.

Vom Ausland

Amerika—New York. Nach einem Bericht vom 1. November hat in New York die Arbeitslosigkeit bereits wieder eingesetzt, wie überhaupt von einer guten Saison in diesem Jahre nicht viel zu spüren gewesen ist. Am 31. Dezember 1927 läuft der hier mit den drei Unternehmervereinigungen abgeschlossene Tarifvertrag ab, wodurch es nicht ausgeschlossen ist, dass es möglicherweise zu einem Kampfe kommen kann. In Brooklyn, das bekanntlich einen Teil der Stadt New York bildet, aber seinen eigenen District Council (Bezirksorganisation) besitzt, befinden sich unsere Kollegen seit April im Streik, und zwar für die Forderung von 14 Dollar pro Tag. Allerdings haben die meisten Unternehmer, und zwar etwa 200, bewilligt, während andererseits etwa 20 eine Vereinigung gebildet haben, die mit Unterstützung der New Yorker Arbeitgebervereinigung und der Bauunternehmer den Kampf fortführt. Hierdurch wurden unsere Kollegen auch in New York beziehungsweise im Gebiet des District Councils 9 in 3 Werkstätten in den Kampf hineingezogen, weil New Yorker Mitglieder der Unternehmervereinigung Arbeiten in Brooklyn ausführten und sich aus Solidarität mit der Brooklyner Meistervereinigung weigerten, den Lohn von 14 Dollar zu zahlen. Als sie für die von ihnen gebotenen 12 Dollar keinen Malergehilfen bekamen, stellten sie nichtorganisierte Gehilfen ein, wodurch sie den für sie geltenden Vertrag verletzten.

Chicago. Es scheint, dass wir hier 7 Jahre hinter uns haben, denen jetzt die sieben schlechten Jahre folgen. Jedenfalls ist dies nach früheren Erfahrungen anzunehmen. Uns blüht hier alles, was man zum Leben, zur Freiheit und zum Glücke braucht, bloss es ist die grosse Frage, wie soll man daran geraten. Chicago hat jetzt vier Millionen Einwohner, und ist es ein grosses Problem, diese Menge in ständiger Beschäftigung zu halten, solange einheitliche Bemühungen um Beschäftigung der Arbeitslosen nicht vorhanden sind. In unserer Stadt wird ungeheuer viel gebaut. Strassen werden breiter gemacht, Gebäude vergrössert, Wasserleitung und Abwasseranlagen gelegt, Telephonkabel gezogen, alte Gebäude niedergelegt, auch prachtvolle Wohnhäuser reist man nieder, um Platz für Wolkenkratzer zu schaffen, die 18, 19 und 20 Stockwerke hoch sind, und die als Wohnräume und Bureaus ausgebaut werden. Man will demnächst auch mit dem Bau einer Untergrund-Schnellbahn beginnen. Inwieweit diese riesige Bautätigkeit schon nachlässt, kann man nicht sagen, da die Zahl der beschäftigungslosen Bauarbeiter noch nicht festgestellt ist. Ein Vertreter des Zimmererverbandes sagte, dass seine Ortsgruppe in den letzten beiden Jahren von 400 auf 1200 Mitglieder zugenommen hat. Ähnlich ist die Zunahme in allen Bauarbeitergruppen.

Die Zimmerer verdienen pro Stunde 1 Dollar 50 Cent. Die Maler haben einen dreijährigen Kollektivvertrag, nach dem der Lohn 1 Dollar 62½ Cent beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, am Samstag 4 Stunden. Die anderen Gewerbe haben Lohnsätze, die um diese Höhe herumschwanken. Die Lebenskosten sind hoch, doch beschwert man sich nicht über die Teuerung, solange reichliche Arbeit vorhanden ist. Viele sahen nämlich durchaus ein, dass der Erzeuger aus dem Lande wie auch der Gärtner in der Stadt Recht auf einen Teil des Gewinns haben. Die Stadt Chicago hat deshalb Märkte eingerichtet, auf denen Bauern ihre Gartenerzeugnisse direkt an die Verbraucher absetzen können.

Trotz der ungünstigen Verhältnisse, die uns im Winter bevorstehen, möchten wir sagen, dass wir gern bereit sind, Malerkollegen aus Europa zu helfen, wenn sie Geld, Nerven und ein Mitgliedsbuch haben, das zeigt, dass ihre Beiträge restlos bezahlt sind, vorausgesetzt, dass sie das grosse Risiko auf sich nehmen, das die Suche nach Arbeit hier stets bedeutet.

Verchiedenes

Ungültige Briefmarken. Folgende Postwertzeichen verlieren mit Ablauf des Monats Januar 1928 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen: a) die Ziffernwertzeichen (Ausgabe 1923) zu 3, 5, 10, 20 und 50 P; b) die Stephanmarken zu 10 und 20 P; c) die Rheinlandwertzeichen zu 5, 10 und 20 P. Wertzeichen dieser Art, die bis Ende Januar nicht haben aufgebraucht werden können, dürfen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar bei den Postanstalten gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden.

Termin der Leipziger Messe 1928. Die Leipziger Mustermesse findet im Frühjahr 1928 vom 4. bis 10. März statt. Die große Technische Messe und Baumeffe dauert vier Tage länger, also bis einschließlich Mittwoch, 14. März. Die im Rahmen der Mustermesse abgehaltene Textilmesse und die Schuh- und Ledermesse bleiben wie bisher auf 4 Tage, und zwar vom 4. bis 7. März, beschränkt. Die Leipziger Herbstmesse 1928 findet vom 26. August bis 1. September statt.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Gründung einer Leipziger Baumeffe-G. m. b. H. Zur Förderung der Leipziger Baumeffe ist eine Baumeffe-G. m. b. H. mit dem Sitz in Leipzig und einem Kapital von einer halben Million Mark gegründet worden. An der Gesellschaft sind beteiligt der Freistaat Sachsen, die Stadt Leipzig, das Leipziger Rathaus und die Leipziger Messe- und Ausstellungs-V. G. Es haben sich ferner angeschlossen der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDM) sowie Großfirmen der Bauindustrie. Für die Weiterentwicklung der Leipziger Baumeffe, die in den letzten Jahren von Messe zu Messe an Bedeutung zunahm und die heute einen Ueberblick über alle Gebiete moderner Bauwirtschaft und Bautechnik gibt, dürfte diese Organisation, die eine organisatorische Zusammenfassung alles dessen darstellt, was in zehn Jahren entstanden ist, starke neue Anregungen geben.

Fachtechnisches

Neue Versuchsarbeiten im Anstrichwesen.

Der Fachausschuß für Anstrichtechnik beim Verein deutscher Ingenieure war innerhalb eines Vierteljahres bereits zum zweitenmal in der Lage, erhebliche Mittel zur Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten bereitzustellen. In einer Sitzung des Arbeitsausschusses, Mitte Dezember, wurden folgende Versuchsreihen an die Forschungsstellen vergeben:

- Untersuchung der Entrostung mittels Stahlsand sowie der Möglichkeit, den benutzten Stahlsand zurückzugewinnen und aufzubereiten.
- Welche Wege bieten Aussicht, eine Wetterbeständigkeit von Lithopone zu erreichen?
- Ermittlung der Ursachen der Chromgelb-Lichtunechtheit.
- Wie wirkt ein Zusatz von Kreide bei Buntpasten für Anstrichzwecke?
- Wirkung eines Saugkörpers in der Spritzzone des Farbenzerstäubers. Prüfung der Strömungsverteilung qualitativ und quantitativ.
- Messung der Luftmenge an der Saugleiste des Ventilators. Ausbildung des Saugrüssels zu wissenschaftlichen Arbeiten. Messung der Leistung am Saugventilator der Nebelabjaugeanlage. Prüfung des Wirkungsgrades bei festliegender Spritzpistole. Untersuchung der günstigsten Arbeitsweise einer Pinselpistole.
- Welchen Unterschiede in der Haltbarkeit von Farben, die gestrichen und solchen, die gespritzt werden, insbesondere bei Brücken und Fahrzeugen?
- Untersuchung der Möglichkeit, das Quellen von Leinölfilmen soweit herabzusetzen, daß sie den entsprechenden Holzfilmen ebenbürtig werden.
- Wie weit wirkt die oft schwer zu beseitigende Niederschlagsfeuchtigkeit auf die Haltbarkeit der Grundanstriche ein, und welche Anstrichstoffe sind hiergegen besonders unempfindlich?
- Kolloidchemische Untersuchungen der Vorgänge beim Trocknen von Ölfarben.

Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß den Ermahnungen des Fachausschusses sowohl von der erzeugenden Industrie als auch von den Verbrauchern, insbesondere den Behörden als Großverbraucher, lebhafteste Unterstützung zuteil wird, und daß die namhaftesten Wissenschaftler bereitwillig die Durchführung der wichtigen und dringenden Forschungsaufgaben übernehmen.

Fachliteratur

„Der Lackierer“, Zeitschrift für die Lackierereibetriebe beschäftigter Verurkollegen, Nr. 1, 6. Jahrgang. Als Einleitung zu dem neuen Jahrgang gibt „Der Lackierer“ eine grundsätzliche Betrachtung zum Tarifrecht unter besonderer Berücksichtigung der umstrittenen Frage der Verbindlichkeit der Allgemeinenverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Die „Gefahren des Berufes“ geben eine kurze Übersicht über Erkrankungserscheinungen aus neuerer Zeit. Eine umfassende Darstellung der Beschäftigungslage in den verschiedenen Branchen unseres Berufes ist in dem Aufsatz „Aus den Industrien“ gegeben, überschichtlich geordnet in Autoindustrie, Maschinen- und Elektroindustrie, Waggon- und Lokomotivindustrie, Werften und Möbelindustrie. Die Kinderwagen- und Fahrradindustrien finden Erwähnung. „Etwas von der Farbenlehre“ und „Eisen durch Anstrich“ dienen zur Förderung des fachlichen Wissens. Die kurze Beirachtung „Unternehmepsychologie“ liefert einen Beweis für die Engstirnigkeit unseres Unternehmertums. Eine Vorschau beschließt die erste Nummer des „Lackierer“, der allen in der Industrie beschäftigten Kollegen umsonst abgegeben wird.

Literarisches

Abstraktion . . . zum neuen Krieg von Ernst Vietor Jungsozialistische Schriftenreihe. Umfang 48 Seiten Großformat. Preis 86 P. G. Vandenhoeck und Ruprecht, G. m. b. H., Berlin W. 30. Der Verfasser weist die wirtschaftlichen Umwälzungen infolge des Weltkrieges, insbesondere die widerstreitenden Interessen der englischen und nordamerikanischen Eisen- und Stahlindustrie lebendig darzustellen. Neben beiden reist Japan als tadelnder Dritter bis an die Bahne bewaffnet den gewaltigen ostasiatischen Markt langlos aber sicher an sich und wartet ab, auf welche Seite es sich im Scheinungskampfe stellen wird. Solange die Welt nicht die wirtschaftliche Vorrückung privater Profitinteressen gebrochen hat, Staat und Wirtschaft vollständig in ihre Gewalt gebracht und kann auch die vorgeschobene, ja, selbst die tatsächliche Demokratie keine Sicherung gegen fernere Kriege gewähren. Wer sich die auseinandertreibenden Kräfte orientieren will, der vertiefe in den Inhalt dieser kleinen Schrift. Reichhaltiges Bildmaterial und ein Literaturverzeichnis erleichtern das Studium angeschnittenen Problems.

Prof. Siegfried Marc: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie. 48 Seiten Großformat. Jungsozialistische Schriftenreihe. Preis 86 P. G. Vandenhoeck und Ruprecht, G. m. b. H., Berlin W. 30. Es handelt sich in dieser lehrreichen Schrift weniger um eine polemische Auseinandersetzung zwischen „Reformismus“ und „Radikalismus“ zwischen demokratischer oder revolutionärer Theorie und Tat, sondern um die Klärung dieser zur Zeit noch umstrittenen Begriffe. Die Anhänger des Reformismus und die Partei, die sich hier für die Entscheidung gestellt, wie weit sie sich dem geraden Wege zum Endziel an politisch-sozialer Bedingungen der Gegenwart aufschließen dürfen. Hier wird allerdings die Entscheidung niemandem erspart. Aber indem Prof. Marc, umbedrte Klarheit einträgt, zeigt er für den wieder-mächtig auftretenden Willen, dem Klassenbewußtsein und dem Klassenkampf den Vorrang über alle Differenzen tatsächlicher und theoretischer Natur zuzuerkennen.

Im Januarheft der „Arbeiter-Jugend“ beschäftigt sich Egon Sölkemann im Leitartikel „Kampf und Wiederkampf“ mit den Aufgaben des vor uns liegenden Jahres. Ein Aufruf für den Vorimmdr Jugendtag lenkt das Interesse auf die größte Veranstaltung des Jahres 1928. „Eine Lebenschronik der Arbeiterjugend“ von Emil Steinhilber stellt ein kürzigen Auszug aus dem Bericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbehörde dar. In der Beilage „Arbeitsgemeinschaft“ behandelt Genosse Artur Saterburg in einem Aufsatz „Gedanken in der Gegenwart“ zahlreiche Fragen sozialistischer Wirtschaftsgestaltung. Peter Garthoff schreibt über „Bolschewismus und die russische Krise“. Christian Döring schreibt ausführlich das neueste Buch Sinowjews „Vom Urmenne und seiner Wirtschaft“. In der Beilage „Kultur und Leben“ beginnt Viktor Engelhardt unter dem Gesamttitle „Mit offenen Augen durch die Kunst der Seimant“ eine Kritikerie, die die Jugend mit der Architektur verschiedener Zeiten bekannt machen will. Eine Erzählung stammt aus dem Buch „Die schärfste Geschichte der Welt“ von Rudhard Kipling. Karl Schröder nimmt in einem Aufsatz „Fast London Grenzen“ kritisch zu dem literarischen Schaffen dieses Dichters Stellung. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Buchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 P.

Arthur Koch: „Als Arbeiterbelegierter in München“ zweite Arbeiterdelegation 1926. Druck und Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg. Preis 30 P.

Bekanntmachung

Den Filialen zur Beachtung! Dem Kollegen Ernst Schuhmann, geboren 14. Februar 1905 in Frankfurt a. M. und ebenda am 21. April 1922 dem Verbands beigesetzt, ist sein Mitgliedsbuch Nr. 17 946 in München an der Herberge abhanden gekommen. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, ist es einzuziehen und mit einem Vermerk dem Hauptvorstande einzufenden.

Vom 8. bis 14. Januar ist die 2. Beitragswoche.
Vom 15. bis 21. Januar ist die 3. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Braunschweig. Am 21. November starb an Darmverschlingung unser Kollege Richard Lies im Alter von 50 Jahren in Dresden. (Zahlstelle Fischawitz.) Am 21. Dezember starb an einem Schlaganfall der Kollege Hugo Ludwigs im Alter von 66 Jahren.
Frankfurt a. M. (Zahlstelle Wachenbuchen) Am 21. Dezember starb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege Christian Rappes im Alter von 65 Jahren nach längerem, schwerem Leiden an Magenkrebs.
Ehre ihrem Andenken!